

7/1996

## Gemeinsam für Deutschland Zukunft statt Rot-Grün

Bei den Landtagswahlen am 24. März geht es darum, wer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ins 21. Jahrhundert führt: verantwortungsvolle Regierungen unter Führung der CDU oder rot-grüne Blockadebündnisse.

Die CDU steht für Zukunft, wirtschaftliche Kompetenz und soziale Sicherheit. Wir treten an, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, moderne Strukturen zu schaffen und so dafür zu sorgen, daß neue, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Wir

**Aufruf zu den drei Landtagswahlen  
in Baden-Württemberg, Rheinland-  
Pfalz und Schleswig-Holstein  
am 24. März 1996**

treten an, den Staat auf seine eigentlichen Aufgaben zu beschränken, damit er dort handlungsfähig ist, wo er seiner Verantwortung für die Bürger gerecht werden muß: die Bekämpfung der Kriminalität, die Ausbildung und Erziehung unserer Kinder, der Aufbau eines modernen und umweltfreundlichen Verkehrswesens. Wir wollen die Zukunftschancen der jungen Generation stärken, indem wir in Forschung und neue Technologien investieren.

Die Wählerinnen und Wähler haben es in der Hand, ihren Bundesländern das Schicksal Nordrhein-Westfalens, Hessens und Sachsen-Anhalts zu ersparen. Dort wie auch in anderen Ländern, in denen Rot-Grün regiert hat, zeigen die Bilanzen:

### HEUTE AKTUELL

#### ● Sicherheitspolitik

Die französischen Kurzstreckenraketen „HARDES“ werden entgültig vernichtet. Bundeskanzler Helmut Kohl begrüßt die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac. Seite 3

#### ● Verteidigung

Volker Rühle: Es bleibt bei der Wehrpflicht. Seite 3

#### ● Europa

Der Bundeskanzler hält am Zeitplan für die Europäische Währungsunion fest. Seite 5

#### ● Flugblatttext

Aussiedler sind willkommen. Seite 6

#### ● Norbert Blüm

Unser Rentensystem verdient Vertrauen. Seite 7

#### ● CDU

Berichte von den Landesparteitage in Berlin und Hamburg. Seite 15/17

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Gemeinsam für Deutschland. Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze schaffen. Seite 20

#### ● Dokumentation

100 Tage Lafontaine im Amt des SPD-Vorsitzenden. Grüner Teil

**Rot-grüne Regierungsexperimente führen zu einer deutlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Folgen sind höhere Verschuldung, mehr Bürokratie, sinkende Investitionen, Technikfeindlichkeit und damit mehr Arbeitslose.**

Die Wahlen am 24. März sind eine zentrale Weichenstellung – für Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, aber auch für Deutschland insgesamt. Die Bürger entscheiden auch darüber, ob die SPD weiterhin wichtige, dringend notwendige Entscheidungen über den Bundesrat blockieren oder ob die Verweigerungsfront der SPD in der Länderkammer aufgebrochen werden kann. Ein klarer Erfolg der CDU bei den Landtagswahlen wird vor allem dazu beitragen, die erforderlichen Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung rasch auf den Weg zu bringen. Jede Stimme für die CDU stärkt das Miteinander von Bund und Ländern bei der Umsetzung des Aktionsprogramms der Bundesregierung.

Die Landtagswahlen am 24. März erfordern ein klares Signal gegen radikale Parteien. Splittergruppen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums, die nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende im Sinn haben, müssen eine eindeu-

tige Absage erfahren: Die CDU steht als einzige Partei glaubwürdig für eine Politik der klaren Ausgrenzung radikaler Kräfte. Die SPD hat durch das Zusammengehen mit der PDS in Sachsen-Anhalt bewiesen, daß ihren Wahlversprechen nicht zu trauen ist. Die Landtagswahlen sind nicht zuletzt eine Gelegenheit für aufrechte Sozialdemokraten, dem gefährlichen Kurs der SPD-Führung in Richtung PDS mit dem Stimmzettel entgegenzutreten.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ruft die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein auf:

- Gehen Sie am 24. März zur Wahl. Wer nicht wählt, vergebte eine Chance und stärkt radikale Kräfte.
- Geben Sie Ihrem Land durch eine klare Absage an rot-grüne Experimente eine sichere Zukunft, wählen Sie CDU.
- Stimmen Sie für verlässliche und handlungsstarke Landesregierungen unter der Führung von Erwin Teufel in Baden-Württemberg, Johannes Gerster in Rheinland-Pfalz und Ottfried Hennig in Schleswig-Holstein.
- Sorgen Sie dafür, daß Entscheidungen nicht im Bundesrat blockiert werden.

## Helmut Kohl eröffnet Wahlkampf in Baden-Württemberg

**Vier Wochen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg haben Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Teufel den Slogan ausgegeben, das Land im Südwesten sei „zu schade für Rot/Grün“.**

Bei einer Wahlkampfveranstaltung der CDU in der mit viertausend Zuhörern überfüllten Werkshalle einer mittelständischen Kabelfabrik in Stuttgart-Vaihingen, mahnte Kohl:

„Wir haben keine Stimme zu verleihen oder zu verschenken.“ Er äußerte die Ansicht, bei der Wahl in Baden-Württemberg gehe es um mehr als Tagespolitik, nämlich um eine grundlegende Richtungsentscheidung. Weil sich die SPD allein nichts mehr zutraue, biete sie den Grünen ein Bündnis an; in Bonn werde sie sogar versuchen, sich mit Unterstützung der kommunistischen PDS an die Macht zu mogeln.

Kohl begrüßt Chiracs Ankündigung

## Kurzstreckenraketen „Hardes“ werden endgültig vernichtet

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte zu der von Staatspräsident Chirac angekündigten Reform der französischen Streitkräfte, er begrüße das in der Ankündigung zum Ausdruck kommende klare Bekenntnis zur weiteren Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Dies gilt insbesondere für die Zusagen des Staatspräsidenten in bezug auf das Eurokorps und die deutsch-französische Brigade.

Der Bundeskanzler, der von Staatspräsident Chirac frühzeitig über die französischen Überlegungen unterrichtet worden war, hat in diesen Gesprächen den Wunsch nach einer auch in Zukunft substantiellen Präsenz französischer Soldaten in Deutschland zum Ausdruck gebracht.

Helmut Kohl begrüßt ferner die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten, auf das Waffensystem Hardes endgültig zu verzichten und diese Raketen zu vernichten. Diese Entscheidung entspricht auch dem Wunsch Deutschlands.

Die Bundesregierung wird die von Staatspräsident Chirac eingeleitete innerfranzösische Debatte zur künftigen Ausgestaltung des Wehrdienstes mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Es handelt sich hierbei um eine innerfranzösische Entscheidung.

In bezug auf die französischen Überlegungen zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht anstelle der bisherigen Wehrpflicht erklärte der Bundeskanzler, daß er keinen Anlaß sieht, das bewährte Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland aufzugeben.

Der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle, hat in einem Interview mit dpa zu der Erklärung des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac zur Reformdiskussion der französischen Streitkräfte darauf hingewiesen, daß das Hauptargument Chiracs für die Umwandlung der französischen Streitkräfte in eine Berufsarmee, zwischen 50.000 bis 60.000 Mann schnell und gut organisiert nach Übersee zu schicken, für Deutschland nicht gilt.

### Bundesminister der Verteidigung Volker Rühle zu den Erklärungen des französischen Staatspräsidenten Jaques Chirac zur Reformdiskussion der Streitkräfte in Frankreich

Rühle wörtlich: „Für uns bleibt die Landes- und Bündnisverteidigung im Vordergrund der sicherheitspolitischen Konzeption – für die ist die Wehrpflicht unabdingbar. Für begrenzte internationale Einsätze haben wir die Krisenreaktionskräfte vorgesehen. Diese bestehen zu 80 Prozent aus Berufs- und Zeitsoldaten und 20 Prozent aus freiwilligen längerdienenden Wehrdienstleistenden.“

Wenn Frankreich seine erste Priorität außerhalb des Kernbereiches von Europa sieht, dann gibt es einen deutlichen Unterschied zu Deutschland. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir die enge und erfolgreiche sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich fortsetzen wollen.“

## Rußlands Interessen berücksichtigen

**Auf die Notwendigkeit, die Sicherheitsinteressen Rußlands neben denjenigen der anderen Mittel- und Osteuropas als gleichrangig zu berücksichtigen, hat Bundeskanzler Kohl am Montag, 26. Februar 1996, im Bundesvorstand der CDU hingewiesen. In seinem Lagebericht sagte der Parteivorsitzende, der erst vor wenigen Tagen den russischen Präsidenten Jelzin in Moskau besucht hatte, die Erweiterung der NATO dürfe nicht überstürzt in Angriff genommen werden. Rußland habe zwar kein Veto-Recht beim Beitritt Dritter zum Atlantischen Bündnis, doch wäre es politisch unklug, seine Interessen nicht zu berücksichtigen.**

Kohl sagte, er sei davon überzeugt, daß Jelzin seinen Reformkurs fortsetzen und den Tschetschenien-Konflikt noch vor den Präsidentschaftswahlen zu einem friedlichen Abschluß bringen werde.

Bei der Erörterung der innenpolitischen Probleme stand die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Es gehe

darum, das von der Bundesregierung beschlossene Aktionsprogramm nun zügig umzusetzen. Auch über die Krise der Vulkan-Werft in Bremen wurde gesprochen. Ziel müsse es sein, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. Zur Zeit werde geprüft, was rechtlich zulässig sei und was konkret zur Rettung des Unternehmens getan werden könne, sagte Generalsekretär Hintze nach der Vorstandssitzung.

Einvernehmen bestand im Bundesvorstand darüber, daß es falsch wäre, der PDS nachzueifern und eine „ostdeutsche“ Identität der CDU-Landesverbände in den neuen Bundesländern anzustreben. Eine Ost-West-Polarisierung könne keine Antwort auf die unbestreitbar vorhandenen Probleme sein.

Alle anstehenden Fragen würden nach den Landtagswahlen am 24. März „in aller Ruhe“ im Gespräch mit den Partei- und Fraktionschefs der Ost-CDU in Berlin besprochen, erklärte der Generalsekretär auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus.

## Wachsendes Interesse an deutsch-polnischem Jugendaustausch

Die Zahl der Teilnehmer am deutsch-polnischen Jugendaustausch hat sich in den vergangenen drei Jahren fast verdoppelt. Wie Jugendministerin Claudia Nolte (CDU) anläßlich einer Ratssitzung des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (DPJW) in Bonn sagte, haben 1995 mehr als 77.000 junge Menschen an knapp 2000 Begegnungsprogrammen teilgenommen, wobei der Anteil beider Länder etwa gleich groß sei.

Der neue polnische Erziehungsminister Jerzy Wiatr bezeichnete das DPJW als ein

„Musterbeispiel“ für den Jugendaustausch seines Landes. „Für junge Polen führt der Weg nach Westeuropa nicht nur geographisch, sondern auch politisch und gesellschaftlich über Deutschland“, begründete Wiatr das große Interesse der polnischen Jugendlichen.

Für den Jugendaustausch zwischen den Nachbarländern stehen 1996 insgesamt 10,5 Millionen DM zur Verfügung, drei Millionen DM mehr als 1995. Aufgrund einer Sondervereinbarung stellte die Bundesrepublik zwei Drittel der Summe bereit.

# Die Währungsunion konsequent und entschlossen verwirklichen

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering (CDU), hat sich dafür ausgesprochen, die Europäische Währungsunion auf der Grundlage der durch den Maastrichter Vertrag beschlossenen Stabilitätskriterien und des Zeitplans „konsequent und entschlossen“ zu verwirklichen.

Ein Scheitern der Währungsunion wäre nach Ansicht des CDU-Europapolitikers „mehr als das Scheitern der Währungsunion, es bedeutete einen politisch-psychologischen Dammbbruch der europäischen Einigungspolitik“. Die immer wieder einsetzende Diskussion über eine mögliche Verschiebung des Termins für die unwiderrufliche Festsetzung der Währungsparitäten zum 1. 1. 1999 sei „ebenso töricht wie leichtfertig“, weil sie von den Regierungen den Stabilitätsdruck nehme.

Hans-Gert Pöttering erinnert an die europäische Verteidigungsmannschaft (EVG), die im August 1954 an der französischen Nationalversammlung scheiterte. Diese bisher „folgeschwerste Niederlage für die eu-

ropäische Einigungspolitik“ habe bis heute nicht wieder gutgemacht werden können. Europa habe mehr als vier Jahrzehnte verloren wie die mühsamen Anstrengungen für eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik deutlich machten.

Ein Scheitern der Währungsunion ist nach Ansicht Pötterings wahrscheinlich noch folgenreicher als das Scheitern der EVG im Jahre 1954, weil der bereits verwirklichte europäische Binnenmarkt ohne Währungsunion langfristig kaum gesichert werden könne. Für die deutschen Exporte und die Sicherung der Arbeitsplätze seien zu erwartende Abwertungswettläufe anderer Währungen zur Sicherung von Exportchancen „katastrophal“.

Scharf kritisierte Pöttering, daß die SPD, in Baden-Württemberg für eine Verschiebung der Währungsunion eintrete. Diejenigen Parteien, die im Bundestag der Währungsunion zugestimmt haben, müßten den Dialog mit den Menschen suchen, ihnen die verständlichen aber unberechtigten Sorgen nehmen und sie über die Vorteile einer gemeinsamen Europäischen Währung – gerade für Deutschland – informieren.

## Kohl hält an Zeitplan für EWWU fest

Bundeskanzler Helmut Kohl hält unbeirrt daran fest, daß die europäische Währungsunion fristgerecht 1999 in Kraft gesetzt werden sollte. Zugleich unterstrich er vor dem Bundesvorstand der CDU, daß die Einhaltung der Stabilitätskriterien von Maastricht unverändert Priorität haben müsse. Er sei sich mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac „und vielen anderen“ einig, daß die Kriterien nicht

aufgeweicht werden dürften. Der Kanzler machte deutlich, daß er die anhaltende Debatte um die Einführung des „Euro“ für verfehlt hält: „Ich bin dafür, daß wir jetzt einmal mit einer Diskussion aufhören, wer jetzt kommt, oder wer kann, oder wer nicht kann. Jeder muß seine Hausaufgaben machen. Wir, die Deutschen, haben noch eine Menge auf diesem Gebiet zu tun.“

# Unsere Politik bleibt glaubwürdig

Die Deutschstämmigen im Osten und Südosten Europas haben das Recht, frei zu entscheiden, ob sie in ihrer heutigen Heimat bleiben oder nach Deutschland aussiedeln wollen.

Die rund 200.000 Aussiedler, die jährlich in der Bundesrepublik Aufnahme finden, sind ein Gewinn für unser Land:

**● Die Aussiedler sind doppelt so jung und halb so alt wie die einheimische Bevölkerung. Nur 10 % der Aussiedler sind 60 Jahre und älter und nur die Hälfte davon hat überhaupt einen Rentenanspruch. Angesichts des Geburtenrückgangs in Deutschland ist das gut für unser Land.**

**● Die Aussiedler kommen mit einem starken Aufbauwillen in unser Land. Die ihnen gewährten Eingliederungshilfen haben sie schnell wieder für die deutsche Wirtschaft verdient.**

Es können aber nicht kurzfristig alle Deutschstämmigen in Mittel-, Südost- und Osteuropa zu uns

kommen. Deshalb setzt sich die Bundesregierung dafür ein, deren Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern. In Polen und Rußland haben die deutschen Minderheiten mehr politische Mitbestimmungsrechte erhalten. Viele, die ihren Aufnahmebescheid für Deutschland schon in der Tasche haben, sind inzwischen zum Bleiben in der heutigen Heimat entschlossen.

In Deutschland gibt ein neues Gesetz die Möglichkeit, Aussiedler gleichmäßiger im Land zu verteilen. Es dient nicht der Integration der Aussiedler, wenn in einer Gemeinde plötzlich sehr viele Aussiedler zuziehen und in anderen Gemeinden keine. Sobald diese Aussiedler einen Arbeitsplatz gefunden haben und integriert sind, können sie auch umziehen.

Die Deutschstämmigen in Osteuropa haben am meisten unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten. Deshalb hat Deutschland eine besondere Verantwortung für sie und ihre Familien.

\*\*

**● Die gestaltete Vorlage dieses Flugblattes finden Sie im KomSys.**

# Das Rentensystem verdient Vertrauen

Von Norbert Blüm

**In der gegenwärtigen Diskussion um die aktuelle Entwicklung der Rentenfinanzen melden sich – wie jedesmal – Zeitgenossen zu Wort, die das bewährte System unserer Alterssicherung in Frage stellen. Dabei haben sich die grundlegenden Fakten, die bei der 1989 verabschiedeten Rentenreform 1992 maßgebend waren, in keiner Weise verändert.**

Einige selbsternannte Rentenexperten versuchen bei jeder sich bietenden Gelegenheit einen zweiten Aufguß der Diskussion

**Wie sicher ist die gesetzliche Altersvorsorge?  
Bundesarbeitsminister  
Norbert Blüm antwortet  
seinen Kritikern.**

aus den achtziger Jahren, ob eine Reform der Rentenversicherung unter Beibehaltung ihrer tragenden Grundsätze erfolgen kann oder ob eine „Reform an Haupt und Gliedern“ erforderlich ist. Das Ergebnis dieser Diskussion war seinerzeit das Rentenreformgesetz 1992, das im breiten Konsens zwischen Regierung und Opposition, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, Rentenversicherungsträgern und Bundesländern zustande kam.

Die Alternativen der Kritiker unseres Rentenversicherungssystems sind weder neu noch überzeugend: So wird immer wieder gefordert, unsere beitragsfinanzierte und lohnbezogene Rentenversicherung auf eine allgemeine staatlich finanzierte Grundrente umzustellen. Das hieße, bei der Or-

ganisation der Alterssicherung das Leistungsprinzip außer Kraft zu setzen.

Eine steuerfinanzierte Grundrente würde deshalb zunächst einmal die Schattenwirtschaft fördern. Aussteiger und Schwarzarbeiter würden belohnt. Für eine Grundrente von - wie vorgeschlagen 1.200 Mark – müßte ein Durchschnittsverdiener in Westdeutschland 27 Jahre, in den neuen Bundesländern 32 Jahre arbeiten. Warum sollte er arbeiten und Beiträge zahlen, wenn er die 1.200 Mark Grundrente auch ohne Arbeit bekommt?

Außerdem: Die Umstellung von einer beitragsfinanzierten und lohnbezogenen Rente auf eine allgemeine Grundrente würde angesichts der verfassungsrechtlich geschützten Rentenanwartschaften und -ansprüche entweder auf eine verfassungswidrige Enteignung von Beitragszahlern und Rentenbeziehern oder auf eine finanzielle Überforderung der aktiv Beschäftigten während der notwendigen Übergangsphase hinauslaufen.

Die Berufstätigen würden über Jahrzehnte hinweg dreifach belastet. Sie müßten die von den Älteren erworbenen Ansprüche finanzieren, soweit sie über die Grundsicherung hinausgehen. Zur Finanzierung der Grundrente wären weitere Steuern erforderlich. Darüber hinaus müßte jeder eine die Grundrente ergänzende Alterssicherung für sich selbst aufbauen. Die Befürworter dieses Modells müssen sich fragen lassen, wie viele Bürger sich angesichts der genannten Lasten eine Zusatzversicherung überhaupt leisten könnten.

Wer im übrigen eine allgemeine Grundrente von 1.200 Mark aus öffentlichen Mitteln finanzieren wollte, müßte zum Beispiel die Mehrwertsteuer um 16 Prozentpunkte erhöhen, also mehr als verdop-

peln. Ich kenne niemanden, der das für politisch durchsetzbar hält.

Ein steuerfinanziertes Rentensystem würde die Rentner in die schlechte Lage bringen, bei der jährlichen Verteilung der Haushaltsmittel um das Geld für die Rentenkassen streiten zu müssen: wieviel für Straßenbau, Wohnungsbau, wieviel für die Rente?

Das Ergebnis wäre eine Rente nach Kassenlage. Die Rentner in den neuen Bundesländern kennen dieses Verfahren aus der alten DDR: „Rentenerhöhung von Staatsgnaden“. Unsere Rentenanpassung funktioniert hingegen automatisch. Rentner sind keine Bittsteller. Die Rente ist ein selbst erarbeiteter Anspruch, Alterslohn für Lebensleistung. Die Rentenerhöhung folgt den Nettolöhnen. Der Staat ist nur der Notar der Rentenerhöhung. Er schlägt sie nicht vor. Sie ergibt sich aus der Rentenformel.

Unser Rentensystem hat mehr als einen Hebel, um auf die Herausforderungen der Zukunft zu antworten, und wir bedienen diese Hebel. Vor allem wird es darauf ankommen, das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Wir haben in Deutschland die ältesten Studenten und die jüngsten Rentner.

Das hält auf Dauer kein Alterssicherungssystem aus. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt heute bei 60 Jahren. Wenn es gelingt, diesen Wert nur um ein Jahr anzuheben, bedeutet das für die Rentenversicherung eine Entlastung von 27 Milliarden Mark. Das entspricht fast zwei Beitragspunkten.

Eine günstige Finanzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung kann durch eine Reihe weiterer Maßnahmen unterstützt werden. Entscheidend für die Funktionsfähigkeit unserer Rentenversicherung wird es aber sein, daß es auch in Zukunft in Deutschland genügend Arbeitsplätze mit hoher Produktivität gibt. Das Bündnis für Arbeit ist deshalb auch ein Bündnis für Rentensicherheit.

Unsere Rentenversicherung hat die größten Katastrophen dieses Jahrhunderts überlebt: zwei Weltkriege, Inflation und Währungsreform. Sie hat Renteneinheit für ganz Deutschland verwirklicht, wozu kein anderes System imstande wäre. Sie wird auch in Zukunft Sicherheit geben. Eine Abkehr von unserem System ist nicht erstrebenswert, nicht erforderlich und auch nicht möglich. Unsere Rentenversicherung verdient Vertrauen.

## Handwerk begrüßt Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat dazu aufgerufen, die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten strengerer Regelungen der Zumutbarkeit so schnell wie möglich in Kraft zu setzen. Auf Grund der hohen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Rekordbelastung der Beitragszahler verdiente dieser Vorstoß jede Unterstützung. Er orientiere sich endlich an dem vom Handwerk im Rahmen der verschiedenen Reformstufen des Ar-

beitsförderungsgesetzes vorgebrachten Argument, daß keine Arbeit von vornherein unzumutbar sein kann. Das Handwerk verspreche sich vor allem von der Absicht, daß Arbeitslose künftig unabhängig von ihrer Qualifikation offene Stellen annehmen müssen, einen neuen Schwung für die Vermittlungsbemühungen der Arbeitsämter. Die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit könne damit gesenkt werden.



# 100 Tage Lafontaine im Spiegel der Presse

Seit nunmehr etwas mehr als 100 Tagen ist Oskar Lafontaine Vorsitzender der SPD. Die Art und Weise, in der sich der Saarländer auf dem Mannheimer Parteitag an die Spitze der SPD putschte, ist noch in guter Erinnerung. Lafontaine selbst schürte die Erwartungen, als er zum Abschluß des Mannheimer Parteitages den politischen Gegnern zurief: „Zieht euch warm an – wir kommen wieder!“ Aber von den hochgesteckten Erwartungen ist nicht viel geblieben. Darin sind sich die Kommentatoren nach den ersten 100 Tagen Lafontaines im Amt des SPD-Vorsitzenden einig.

Bereits am 26. Januar 1996 kritisierte die Westdeutsche Allgemeine den Führungsstil des neuen SPD-Vorsitzenden:

„Der Parteivorsitzende macht sich rar in Bonn, er überläßt die Partei sich selbst. Von Führung ist wenig zu spüren, eine Linie nicht in Sicht. Mal gibt er ein Interview, mal setzt er eine Pressekonferenz in den Sand. . . . Genauso hatten das nicht nur seine Kritiker befürchtet.“

Auch die Kölnische Rundschau (23. Februar 1996) stellte Lafontaine kein gutes Zeugnis aus:

„Der neue SPD-Chef läßt Führungskraft vermissen, ganz zu schweigen von der oppositionellen Angriffslust, für die er doch bislang so berühmt bis berüchtigt war.“

Und die „Abendzeitung“ aus München stellt fest:

„Tatsächlich ist nach 100 Tagen Lafontaines von einem Ruck in der SPD noch nicht viel zu spüren.“ (23. Februar 1996)

Die „Lübecker Nachrichten“ fassen Lafontaines erste 100 Tage im Parteivorsitzendenamt treffend zusammen:

„100 Tage im Amt – und kaum einer zwischen Rostock und Ruhpolding hat's so richtig mitbekommen.“ (23. Februar 1996)

Die „Rheinische Post“ bilanziert den Führungswechsel in der SPD mit der Überschrift „Bart ab, Lack ab“ und stellt fest:

„Der neue Mann aus Saarbrücken wirkt in seiner hohen Selbsteinschätzung nach wie vor zu groß, als daß er sich mit dem Regieren seines Ländchens begnügen möchte, aber noch zu klein, als daß man ihm zutraute, fürs Ganze verantwortlich sein zu können. Hinzu kommt: Einen Ruf wie Donnerhall nach einem Bundeskanzler Lafontaine hat die Republik noch nicht vernommen.“ (23. Februar 1996)

Auch in der Berliner „taz“ fällt die Bilanz der ersten hundert Tage Lafontaines negativ aus. Im Kommentar vom 26. Februar 1996 heißt es:

„Einen furiosen Start hat Oskar Lafontaine nicht geboten. Weder ist ein Linksruck zu spüren, noch ist es ihm gelungen, der Partei ein klares Profil zu verpassen. Und Parteipositionen, die zuvor klar erschienen, hat er in Zweifel gezogen.“

## Ein Paradebeispiel rot-grüner Blockadepolitik

„Nach langer Diskussion ist der Vorstand von GD Express Worldwide zu dem Entschluß gekommen, daß es die wirtschaftlich angemessenste Entscheidung ist, unser europäisches Luft-Zentrum von Köln nach Lüttich zu verlagern. Seit mehr als 14 Monaten wird mit Köln diskutiert, und die Umweltauflagen sind immer noch bis in die weite Zukunft hinein unklar . . . Eine Entscheidung muß jetzt getroffen werden. Mit Bedauern muß ich Ihre Einladung zu weiteren Gesprächen ablehnen . . .“

**John Fellows, Chef von TNT Express Worldwide, in einem Brief vom 22. Februar an NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement.**

„Es ist die Hauptaufgabe der Koalition, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.“

**Wolfgang Clement, NRW-Wirtschaftsminister (SPD)**

\*

„Die Grünen im Kreis halten am Ziel der Nachtruhe für die Menschen fest und werden weiterhin an jedem möglichen Fortschritt in diese Richtung arbeiten.“

**Horst Becker, Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Rhein-Sieg.**

\*

„Der Weggang von TnT (. . .) geht voll und ganz auf das Konto rot-grüner Handlungsunfähigkeit und gegenseitiger Lähmung . . . Diese Koalition der Widersprüche und des Widerwillens ist Gift für unser Land.“

**Helmut Linssen, CDU-Fraktionschef im NRW-Landtag.**

### Zitat

#### Draußen vor der Tür

Allem Streit der Parteien zum Trotz gibt es bei uns erfreulicherweise immer noch einen Kernbestand von politischen Überzeugungen, der zwischen Regierung und Opposition nicht in Frage gestellt wurde und auch künftig nicht werden sollte. Dazu gehörte, zumindestens bis jetzt, die Bereitschaft, Deutschstämmige aus Osteuropa – meist sind Menschen aus Polen, Rußland und anderen GUS-Staaten gemeint –, bei uns aufzunehmen und zu integrieren. Es sind keine Asylbewerber. Sie werden, im Gegensatz zu ausländischen Flüchtlingen aus aller Welt, Aussiedler genannt. Sie haben deutsche Vorfahren und – aus hiesiger

Sicht – fremde Pässe. Aber ein Verbleib in vertrauter Umgebung scheint ihnen nicht mehr zumutbar, weil sich ihre Lebensbedingungen – etwa in Kasachstan – nicht verbessern. Warten und Hoffen hat die Leute zermürbt.

Da muß es den Deutschstämmigen aus Osteuropa wie ein Alarmsignal zum Aufbruch erscheinen, wenn der SPD-Vorsitzende Lafontaine den Aussiedlerstrom – etwa 200.000 Personen im Jahresdurchschnitt – am liebsten stoppen will. Welch ein Zynismus: Just zu einer Zeit, da die deutsche Linke über ein Einwanderungsgesetz nachdenkt, das Flüchtlinge aus Afrika und Asien Eintritt nach festen Quoten in die Bundesrepublik verschaffen soll, möchte Lafontaine Deutschstämmige „draußen vor der Tür“ stehen lassen.

Rheinische Post, 27. Februar 1996

# Erst die Koalition hat den erneuerbaren Energien neuen Schwung gegeben

Die Antwort der SPD auf die Ölschocks bestand vor allem darin, daß Energieangebot durch neue Energiequellen weiter zu erhöhen. Die Vorstellung der SPD basierten darauf, daß durch massenhaft preisgünstig zur Verfügung stehende Energie damit Maschinen angetrieben werden können, um die Arbeit von den Maschinen zu nehmen wurde und im Endeffekt dadurch eine Auflösung der Klassen zu erreichen. Dies war ein völlig falscher Weg!

Mit dem Regierungswechsel im Jahr 1982 haben wir umgesteuert: Wir müssen die Energieeffizienz in unserem Land erhöhen, um den Energieverbrauch zu senken, und wir müssen die Nutzung erneuerbarer Energien stärken. Beides entlastet die Umwelt. So wurde der Begriff des „nachhaltigen Wirtschaftens“ von uns schon frühzeitig mit Leben gefüllt. Dazu gehört auch die Kernenergie, die von der SPD in den 70er und Anfang der 80er Jahre als Zukunftsoption mit viel Optimismus entwickelt worden ist.

Wir haben nach 1982 die Aufgaben der Kernenergie und Entsorgung übernommen und sie verantwortungsvoll weitergeführt. Es hat deshalb einen schalen Beigeschmack, wenn die SPD nun für einen Ausstieg aus der Kernenergie plädiert. Die SPD schafft sich hiermit nur eine moralisierende Position, die zudem nicht ökonomisch und ökologisch haltbar ist.

Die Bedeutung der Kernenergie als Energiequelle besteht heute wie früher. Neuere Prognosen zeigen, daß der Ölverbrauch

auch innerhalb der OECD – ganz zu schweigen von Regionen außerhalb der OECD – weiter zunehmen wird und zweitens die Lagerstätten sich in immer noch politisch instabilen Regionen befinden.

Der Schutz unserer zukünftigen Energieversorgung, wie unsere Verantwortung für die Schöpfung verpflichten uns deshalb, rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien verstärkt zu fördern. Dieser Gedanke wurde konsequent in die Tat

**Von Kurt-Dieter Grill,  
Vorsitzender des Bundesfach-  
ausschusses Umweltpolitik**

umgesetzt. Erst unter einer Bundesregierung von CDU/CSU und FDP ist es erreicht worden, die Förderung der Kernenergie deutlich abzusenken und im Gegenzug die Förderung von erneuerbaren Energieträgern und rationeller Energienutzung aufzustocken. Die Ausgaben des Bundes im Bereich erneuerbarer Energien und rationelle Energieverwendung sind von 271,5 Mio. DM im Jahre 1982 kontinuierlich auf 368,3 Mio. DM im Jahre 1993 gestiegen.

## Der Erfolg gibt uns recht

Die Aufgabe des Bundes im Bereich erneuerbarer Energien und rationelle Energieverwendung sind von 271,5 Mio. DM im Jahre 1982 kontinuierlich auf 368,3 Mio. DM im Jahre 1993 gestiegen.

In Deutschland wurde in Teilbereichen be-

reits ein sehr hoher technologischer Stand erreicht. So hat die Bundesregierung seit 1982 die Entwicklung der Photovoltaik mit rund 1 Mrd. DM, die Windenergie mit 260 Mio. DM und die Energiegewinnung aus Biomasse mit 62 Mio. DM durch ihr Forschungsprogramm „Erneuerbare Energien“ gefördert. Darüber hinaus gab es für Photovoltaik und Windenergie Förderprogramme zur Markteinführung. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen erhielt besonders die Windenergie durch das Stromeinspeisungsgesetz bedeutenden Auftrieb, was durch die wachsende Zahl der Anlagen belegt ist. Die Photovoltaik wurde auf einen hohen Stand gebracht, der jetzt das verstärkte eigene Engagement der Unternehmen rechtfertigt, die in diesem Bereich tätig sind.

## Deutliche Fortschritte

Seit Anfang der 90er Jahre sind bei der Nutzung der erneuerbarer Energien deutliche Fortschritte erzielt worden. Dazu haben umfassende Programme des Bundes beigetragen, zu denen auch das Stromeinspeisungsgesetz gehört. Weitere Fördermaßnahmen sind vor allem das 250 MW-Windenergieprogramm, das 1000-Dächer-Programm ( Photovoltaik), das Programm „Zuschüsse zur Förderung nachwachsender Rohstoffe“, das Marktanzreizprogramm erneuerbare Energien 1995 – 1998 des Bundesministeriums für Wirtschaft (100 Mio. DM), die Kreditzusagen der Deutschen Ausgleichsbank im Rahmen des ERP-Energieeinsparprogramms sowie das Umweltprogramm dieser Bank. Neben eigenen Anstrengungen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben auch die Bundesländer erneuerbare Energien zusätzlich gefördert.

Am Beispiel der Windkraft lassen sich diese Fortschritte deutlich ablesen. Waren es im Jahre 1994 429 MW installierte Leistung (918 GWh) stieg diese Zahl auf 837 MW (1900 GWh) im Jahre 1995 an.

Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund ihr 1994 angelaufenes Investitionszuschußprogramm von 10 Mio. DM zur Nutzung erneuerbarer Energien aufgestockt. Für die Jahre 1995 bis 1998 stehen 100 Mio. DM für diese Aufgabe allein aus dem Haushalt des BMWi zur Verfügung. Der Schwerpunkt der Förderung liegt bei Sonnenkollektoren und Wärmepumpen. Herauszuheben ist die Förderung für Solarzellen für 1000 Dächer, die insbesondere Schulen zugute kommen sollen.

Allein die Aufzählung dieser Aktivitäten zeigt deutlich den Stellenwert, der erneuerbaren Energien, Energiesparen und Klimaschutz zugemessen wird. Die Energiepolitik der Bundesregierung auf den Bereich der Kernenergie zu verengen ist töricht.

Wir führen deshalb eine Scheindiskussion. Unser Ziel ist die CO<sub>2</sub>-Reduktion. Von 1987 bis 1994 sind die CO<sub>2</sub>-Emission um ca. 16 Prozent, von 1990 bis 1994 um ca. 11 Prozent gesunken. Diese Zahlen belegen deutlich den Erfolg der getroffenen Maßnahmen, die unternommenen Anstrengungen den auch weiterhin unverrückbaren politischen Willen der Koalition, das selbst gesteckte Ziel zu erreichen.

## Reduktion nur 25 Prozent

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede auf dem Klimagipfel in Berlin das Ziel klar vorgegeben: Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission bis zum Jahre 2005 um 25 Prozent, gemessen an dem Basisjahr 1990.

Von seiten der deutschen Wirtschaft ist eine Selbstverpflichtung zur Klimavorsorge eingegangen worden, deren Inhalt es ist, die spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahre 2005 um bis zu 20 Prozent, bezogen auf das Jahr 1987 zu verringern.

Nur auf der Basis der Kernenergie können wir dieses Ziel erreichen, aber wir können es nicht allein mit der Kernenergie erreichen.

# 17 deutsche Regionen machen mit bei BioRegio

17 deutsche Regionen bewerben sich um Fördermittel in der ersten Phase des BioRegio-Wettbewerbs. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) hatte den Wettbewerb im Oktober 1995 ausgeschrieben. Die Regionen erhalten bis zu 100.000 DM für die Entwicklung eines Konzeptes zur Umsetzung von Wissen in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen für die Biotechnologie. Die Endauswahl für die zweite Phase des Wettbewerbs findet im Herbst dieses Jahres in Bonn statt. Die drei Siegerregionen werden unter Berücksichtigung des spezifischen Förderbedarfs zusätzliche Fördermittel aus dem Fachprogramm Biotechnologie erhalten.

An der ersten Phase des Wettbewerbs beteiligen sich folgende Regionen: Bayern, Berlin-Brandenburg, Braunschweig-Göttingen Hannover, Bremen, Freiburg, Greifswald-Rostock, Halle-Leipzig-Desau, Hamburg, Jade-Dollart (Wilhelmshaven), Jena, Kiel-Lübeck-Borstel, Mittelhessen (Marburg, Gießen), Rhein-Main-Region (Frankfurt, Mainz, Darmstadt), Rhein-Neckar-Dreieck (Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg), Stuttgart, Ulm und Wuppertal-Köln-Düsseldorf-Jülich-Aachen.

Ziel des BioRegio-Wettbewerbs ist es, die in Deutschland bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten, Fördermaßnahmen und Investitionshilfen für Unternehmen der Biotechnologie durch Integration der bio- und gentechnischen Kapazitäten und Aktivitäten in der jeweiligen Region zu konzentrieren. Dadurch soll das materielle und intellektuelle Potential einer Region

effizienter genutzt, Unternehmensneugründungen angeregt und Deutschland als Investitionsstandort auch für ausländische Unternehmen wieder attraktiv werden. Die Wettbewerbssieger und Teilnehmer an der zweiten Phase des BioRegio-Wettbewerbs sollen als Modell für andere Regionen dienen und dazu beitragen, den Biotechnologie-Standort Deutschland international darzustellen.

**Die Aufholjagd nicht Biotechnologie hat begonnen, erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers, zum Abschluß der ersten Ausschreibungsrunde des BioRegio-Wettbewerbs.**

Die Teilnahme an der zweiten Phase setzt die Bewerbung einer Region mit einer Situationsbeschreibung über die Region sowie ein integriertes Konzept für die biowissenschaftliche Forschung und die unternehmerische Umsetzung der Ergebnisse voraus. Damit wird ein Anreiz gegeben, biowissenschaftlich orientierte Forschungseinrichtungen aus Wissenschaft und Wirtschaft, Risikokapitalgeber, Banken, regionale Fördereinrichtungen, Genehmigungsbehörden u. a. zu einer Zusammenarbeit anzuregen. An der Endauswahl können sich auch noch Regionen beteiligen, die nicht an der Vorrunde teilgenommen haben. Keine leistungsfähige Region soll bei dem BioRegio-Wettbewerb ausgeschlossen werden.

# Zwischenbericht zum Modellprojekt „Neue Wege der Arbeitsplatzbeschaffung“

**Erwerbstätigkeit war und ist nach wie vor für die allermeisten Frauen in den neuen Bundesländern selbstverständlicher und unverzichtbarer Teil ihrer persönlichen Lebensplanung. Gerade für sie erfolgte in den vergangenen Jahren durch den wirtschaftlichen Umbruch ein gravierender Einschnitt. Sie waren die ersten, die bei der Umstrukturierung der Betriebe entlassen wurden.**

Um diese Situation für die Frauen zu verbessern, ist eine enge Zusammenarbeit aller Verantwortlichen vor Ort notwendig. Staatliches und kommunales Handeln muß stärker darauf setzen, örtlichen Ideen und Initiativen durch die Förderung sozialer Prozesse größere Unterstützung zu geben. Diesen Ansatz macht sich das Modellprojekt „Neue Wege der Arbeitsplatzbeschaffung“ zunutze, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit Herbst 1993 an fünf Standorten in den neuen Bundesländern fördert (Thüringen: Nordhausen, Mecklenburg-Vorpommern: Teterow/Güstrow, Sachsen:

Torgau/Oschatz, Brandenburg: Templin/Prenzlau, Sachsen-Anhalt: Querfurt/Merseburg).

Jetzt liegt eine erste Analyse und Bewertung des bisherigen Projektverlaufs vor: Der Bericht macht deutlich, daß gerade durch kooperatives Zusammenwirken verwaltungsinterner Stellen die grundlegenden Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Auch wenn dieses Modell sicher kein Sofortprogramm zur Behebung der Arbeitslosigkeit ist, so zeigen die Ergebnisse des Zwischenberichts doch einen möglichen Weg auf, der für andere Landkreise und Regionen einen interessanten Ansatz bieten kann.

*Der Bericht ist veröffentlicht in den Materialien zur Frauenpolitik Nummer 55 und kann bei der Broschürenstelle, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bestellt werden (bitte nur schriftlich).*

## Fortsetzung von Seite 13

Mit der Resonanz, die der BioRegion-Wettbewerb bei der Wirtschaft, den Banken und Sparkassen, der Wissenschaft, den Verbänden, den Gewerkschaften und in den öffentlichen Medien gefunden hat, sind wir auf dem richtigen Weg, Deutschland in der Biotechnologie an die Spitze in Europa zu bringen. Für das Ministerium ist die Biotechnologie ein Prüfstein dafür, inwieweit neue Arbeitsplätze durch neue Technologien entstehen, neue Produkte entwickelt werden können sowie Spitzentechnologie und technologische Innovation in Deutschland noch möglich sind. Das BMBF fördert die modernen Biowissen-

schaften und die Biotechnologie, einschließlich der Molekularen Medizin mit jährlich rund 900 Millionen DM. Davon sind mehr als zwei Drittel Beiträge des Bundes zu längerfristigen Finanzierung der biowissenschaftlichen Grundlagenforschung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft sowie der biowissenschaftlich/biomedizinischen Großforschungseinrichtungen und der Institute der „Blauen Liste“. Rund 220 Millionen DM stehen im Jahr 1996 für die BMBF-Projektförderung zur Verfügung. Mit dem BioRegion-Wettbewerb werden im Rahmen dieses Budgets Schwerpunkte bei der Mittelvergabe gesetzt.

CDU Berlin:

## Diepgen weiterhin unangefochten – Neuer Generalsekretär in Berlin

**Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, bleibt auch weiterhin CDU-Landesvorsitzender. Mit fast 74 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde er vom 11. Landesparteitag der Berliner CDU in seinem Amt bestätigt. Neuer Generalsekretär der Berliner CDU wurde der Schöneberger Sozialstadtrat Gerhard Lawrenz. Er tritt an die Stelle von Dieter Ernst, der im Zuge der Neubildung des Berliner Senats Staatssekretär im Bereich Wirtschaft wurde.**

Bei der Wahl der Stellvertretenden Vorsitzenden machte Berlin im Sinne der deutschen Einheit eine gute Figur: Vier der sieben Stellvertreter kommen aus den östlichen Bezirken der Stadt, darunter auch der neue Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Joachim Zeller.

Eberhard Diepgen zeigte sich besonders erfreut, Zeller als einen Bezirksbürgermeister begrüßen zu können, mit dessen Wahl es verhindert worden sei, daß der Regierungsbezirk Mitte durch alte SED-Kader geleitet werde. Mit Marlies Wanjura in Reinickendorf stelle die CDU auch erstmals eine Frau als Bürgermeisterin, und mit Konrad Birkholz sei es der CDU erstmals gelungen, auch in Spandau den Bürgermeister zu stellen.

Peter Hintze, Generalsekretär der Bundes-CDU, rief zur geistigen Auseinandersetzung mit der PDS auf, die nach seinen Worten zwar nicht mehr die alte SED, sondern vielmehr ein Konzentrat der alten

SED ist. Hintze bekräftigte den Willen der CDU, sich hinter die Soldaten zu stellen, wenn ihnen mit Billigung des Bundesverfassungsgerichtes nunmehr straffrei vorgeworfen werden könne, sie seien Mörder. Die Kirchen forderte Hintze auf, stärker für den christlichen Glauben missionarisch tätig zu sein und an die letzten Fragen zu denken, statt anderen in Geldfragen hineinzupfuschen. Hintze kündigte an, daß er sich in nächster Zeit mit den führenden Vertretern der CDU in den neuen Bundesländern zusammensetzen werde, um den Weg dafür zu bereiten, „daß die eigene Lebenserfahrung der Menschen in den neuen Bundesländern besser aufgenommen wird.“

In einer Podiumsdiskussion mit Repräsentanten von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften war man sich weitgehend darüber einig, daß der wirtschaftliche Aufschwung entscheidend von der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft am Standort Deutschland und Berlin abhängig ist. In diesem Sinne wurde auch ein Antrag beschlossen, der nicht nur ein Bündnis für Arbeit, sondern darüber hinaus ein regionales „Bündnis für Arbeit, Ausbildung, Standortsicherung und Modernisierung“ forderte.

### Personalie

#### Friedrich Merz neuer Obmann

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Bundestagsabgeordneten Friedrich Merz zum stellvertretenden Vorsitzenden (Obmann) der Arbeitsgruppe Finanzen gewählt.

# Walter Wallmann weiter an der Spitze der Frankfurter CDU

Walter Wallmann ist und bleibt an der Spitze der Frankfurter CDU. Beim Kreisparteiitag im Bürgerhaus Griesheim wurde der ehemalige Frankfurter Oberbürgermeister und frühere hessische Ministerpräsident mit 275 von 297 abgegebenen Stimmen als Vorsitzender bestätigt.

Auch der von ihm protegierte Italiener Cosimo Viva (60) setzte sich bei den Vorstandswahlen mit dem zweitbesten Ergebnis (209 Stimmen) durch. Damit wurde erstmals in der Geschichte der Frankfurter CDU ein Kandidat ohne deutschen Paß in ein Parteiamt gewählt. Als „Signal für die Öffnung seiner Partei für Bürger der Europäischen Union“, wertete Walter Wall-

mann dieses Ergebnis. Vor 306 Delegierten setzte Wallmann Schwerpunkte für den Kommunalwahlkampf. Ziel der CDU sei es, 1997 deutlich stärkste Fraktion zu werden.

Den Parteifreunden hielt der Kreisvorsitzende vor, der Industrie- und Technikfeindlichkeit der Grünen nicht „entschlossen genug entgegenzutreten zu sein“. Als Beispiel nannte Wallmann die „sogenannten Störfällen in Griesheim“. Die Großchemie werde zunächst diffamiert, dann setze das Wehklagen ein, wenn diese Arbeitsplätze verlagere. Die CDU wolle die Hoechst AG auch in Zukunft in der Stadt haben und biete sich als „verlässlicher und kritischer Gesprächspartner“ an.

## CDA trauert um Heinz-Adolf Hörskén

**Im Alter von 57 Jahren ist am 23. Februar der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Heinz-Adolf Hörskén, gestorben.**

Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, erklärte dazu: „Adi Hörskén war als Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe im Deutschen Bundestag nicht nur die Stimme der christlich-sozialen Arbeitnehmer, er kam selbst aus dem Herzen der Arbeiterschaft. 1938 in Oberhausen geboren, arbeitete Adi Hörskén als Schlosser im Hüttenwerk Oberhausen. Von 1963 bis 1967 wählten ihn die Kollegen in den Betriebsrat. Von 1985 bis 1991

leitete er als Hauptgeschäftsführer die CDA-Hauptgeschäftsstelle in Königswinter. Seit 1990 war Adi Hörskén Mitglied des Bundestages, 1994 wurde er Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe.

Die CDA und die Arbeitnehmerschaft haben einen mutigen Kämpfer verloren. Adi Hörskén war nie bequem, weder für die Fraktionsführung noch für sich selbst. Er nahm sich in die Pflicht und vergaß nie, woher er kam. Sein Herz schlug für den arbeitenden Menschen. Durch die Katholische Arbeitnehmerschaft geprägt, gehörte Adi Hörskén zu den Christlich-Sozialen in der IG Metall. Sein Tod hinterläßt für die CDA eine schmerzhaft Lücke.“



CDU Hamburg:

## Dirk Fischer wiedergewählt

Mit einem klaren Ergebnis von 163 Ja-Stimmen haben die 224 Delegierten des CDU-Landesparteitages den Hamburger CDU-Landesvorsitzenden Dirk Fischer für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Auch seine bisherigen Stellvertreter, der CDU-Fraktionsvorsitzende Ole von Beust, die CDA-Vorsitzende Antje Blumenthal, die Bundestagsabgeordnete Birgit Schnieber-Jastram sowie der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall, konnten sich wieder behaupten.

In seinem Rechenschaftsbericht griff Fischer den politischen Schlingerkurs des ersten Bürgermeisters in Hamburg an: „Voscherau zeigt politisch die Wandlungsfähigkeit eines Chamäleons. Damit ist er ein Mann für alle Fälle, aber auf alle Fälle kein Mann für die Zukunft unserer Stadt.“ Auch an den Hamburger Grünen übte Fischer Kritik: „Inzwischen sind sie eine Partei geworden, die sich im Stil und Inhalten dem angepaßt hat, was üblich in der bisherigen Politik unserer Stadt war. Ent-

standen aus dem idealistischen Aufbegehren, sitzen sie inzwischen bequem auf den Sofas der deutschen Politik.“

In dieser Situation sei die CDU herausgefordert, sich mehr als bisher mit dem Programm der Grünen auseinanderzusetzen, „auch weil die Grünen in unsere Wählerpotentiale einbrechen, müssen wir die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grünen forcieren“.

Mit einem Aufruf zu Selbstbewußtsein und Optimismus stimmte Fischer die Delegierten auf den Wahlkampf 1997 ein:

„Wir sind die Nummer 1 beim wirtschaftlichen Fortschritt, die Nr. 1 in der sozialen Partnerschaft, die Nr. 1 im Kampf gegen Kriminalität.“

Mit im Gepäck von Fischers Rechenschaftsbericht waren auch eine Reihe neuer Projekte, mit denen der Landesverband verstärkt Nicht-Mitglieder ansprechen will. Dazu zählen z. B. neue Veranstaltungsformen wie der CDU-Dialog, Wertekongresse und ein Frauenförderungs-Seminar.

### Neu im Angebot

#### 100 Tage Lafontaine

Die CDU-Dokumentation „100 Tage Lafontaine im Amt des SPD-Vorsitzender“ in dieser Ausgabe (UiD 7/96) ist auch beim Versandzentrum in Vermold zu beziehen.

Bestell-Nr.: 5148

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 11 DM.

### EAK-Forum

#### Schule ohne Gott

Unter diesem Motto findet am 23. März 1996 auf der Insel Hermannswerder bei Potsdam ein Diskussionsforum des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU statt. An der Diskussion nimmt auch die Landesvorsitzende der CDU Brandenburg, MdL Carola Hartfelder, teil.

# Von dubiosen Finanzpraktiken kann keine Rede sein

**Zu den vom STERN in seiner Ausgabe vom 29. 2. 1996 veröffentlichten Vorwürfen über angebliche „dubiose Finanzpraktiken“ erklärt die Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands, MdB Brigitte Baumeister:**

**1.** Während meiner Tätigkeit als Bundesschatzmeisterin der CDU habe ich mich strikt an die Bestimmungen des Parteiengesetzes gehalten. Alle Spenden sind ordnungsgemäß veröffentlicht und entsprechend den Bestimmungen des § 25 Abs. 2 Parteiengesetz veröffentlicht worden. So haben entgegen der Behauptung des STERN weder die Firma Merck noch die Merck-Gruppe der CDU 1993 einen Betrag gespendet, der eine Veröffentlichung im Rechenschaftsbericht der CDU erforderlich gemacht hätte. Die Spendeneingänge sind vor Abgabe des Rechenschaftsberichts von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer überprüft worden. Auch die Liste der zu veröffentlichenden Spender wurde dabei kontrolliert.

Von der Firma Lutz Engineering + Consulting ist entgegen der Behauptung des STERN 1994 bei der CDU keine Spende, auch nicht in Höhe von 30 000 DM, eingegangen. Im Juli 1995 hat diese Firma allerdings den in Rede stehenden Betrag der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung gespendet. Dafür hat sie ordnungsgemäß eine entsprechende Spendenbescheinigung ebenfalls im Juli 1995 erhalten. Wie in allen solchen Fällen wird diese veröffentlichungspflichtige Spende im Rechenschaftsbericht 1995 entsprechend der Bestimmung des § 25 Abs. 2 Parteiengesetz veröffentlicht werden.

**2.** Die Zusammenarbeit mit Herrn Hannes Müller habe ich im September 1994 – wie

wiederholt erklärt – beendet. Aufgrund dieser Vereinbarung war Herr Hannes Müller verpflichtet, jegliche Tätigkeit für die CDU, für einen ihrer Verbände oder eine ihrer Vereinigungen sofort einzustellen. Herr Hannes Müller hat ohne meine Kenntnis seine Tätigkeit in Einzelfällen vereinbarungswidrig fortgesetzt. Dieses pflichtwidrige Verhalten war Anlaß für die ergänzende Vereinbarung vom 10. Mai 1995, in der verschiedene Abwicklungsfragen geregelt wurden und Herr Hannes Müller die strikte Verpflichtung, jegliche Tätigkeit sofort einzustellen, nochmals ausdrücklich anerkannt hat.

Nach Abschluß der Abwicklungsvereinbarung vom 10. Mai 1995 habe ich über Dritte Kenntnis verschiedener Verhaltensweisen von Herrn Hannes Müller erhalten, die dringenden Verdacht aufkommen ließen, daß sich Herr Hannes Müller strafbar gemacht hat. Ich habe daraufhin umgehend Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft München gestellt. Da er auch seinen Verpflichtungen aus dem Beendigungsvertrag vom September 1994 und der Abwicklungsvereinbarung vom Mai 1995 nicht nachgekommen ist, habe ich außerdem gegen ihn zivilrechtliche Klage beim Landgericht München erhoben, um Herrn Müller zur Einhaltung der Verträge zu zwingen.

**3.** Herr Hannes Müller hat 1995 von der Union GmbH & Co. Kommunikation und Medien KG, aufgrund von Ansprüchen aus seiner Tätigkeit für diese Gesellschaft in der Zeit vor 1991 eine Abschlußzahlung in der genannten Höhe zur Abgeltung aller Ansprüche erhalten.

Es ist schon unverfroren, deshalb zu behaupten, ich hätte mich dem Verdacht der Steuerhinterziehung ausgesetzt.

# Handwerk und Mittelstand sind Motoren für Wachstum und Arbeitsplätze

**Der Meisterbrief ist „das“ Qualitätssiegel für ausgezeichnete Ausbildung in Deutschland und stellt ein erstrebenswertes Sprungbrett in die Selbständigkeit dar, erklärte Bundesminister Friedrich Bohl anlässlich der Meisterfeier der Handwerkskammer in Wiesbaden am 24. Februar 1996.**

Der wichtige immaterielle Wert der Selbständigkeit kann nicht hoch genug bewertet werden. Arbeitsplätze werden geschaffen, Lehrlinge ausgebildet und für Erneuerung und Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft gesorgt. Selbständige zählen zu den Leistungseliten unseres Landes. Wir brauchen solche Vorbilder. Selbständigkeit muß wieder stärker Inbegriff für Leistung, Eigeninitiative und Verantwortungsbewußtsein werden.

Das Handwerk und die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind unser Motor für Wachstum und Arbeitsplätze. Allein zwischen 1990 und 1994 wurden im Mittelstand – trotz zwischenzeitlicher Rezession – knapp eine Million Arbeits-

plätze geschaffen. In Großunternehmen hat sich die Beschäftigung dagegen in dieser Zeit um nahezu 600.000 verringert. Mehr Arbeitsplätze sind auf absehbare Zeit nicht von den Großunternehmen zu erwarten, wohl aber vom Mittelstand und von der Vielzahl der Existenzgründer, die im Schnitt vier weiteren Menschen Arbeit geben.

Wir brauchen in Deutschland mehr junge Menschen, die etwas wagen und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen wollen. Wir brauchen eine neue Gründerwelle. Deshalb hat die Bundesregierung die Verbesserung der Startchancen für Existenzgründer und für junge Unternehmer zu einem Schwerpunkt ihres Aktionsprogrammes für Investitionen und Arbeitsplätze gemacht. So wollen wir etwa unternehmerische Selbständigkeit fördern und den Zugang zu Risikokapital verbessern. Wir werden z. B. ein Programm starten, mit dem zusätzliches Beteiligungskapital für innovative mittelständische Unternehmen in Höhe von insgesamt einer Mrd. DM mobilisiert werden kann.

4. Herr Hannes Müller hat trotz des vertraglich festgelegten Verbotes, für eine Vereinigung der CDU tätig zu werden, eigenmächtig und ohne meine Kenntnis eine Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung begonnen, die ich unmittelbar nach Kenntnis dieser Tatsache beendet habe.

5. Auch die Behauptungen im Zusammenhang mit dem Kauf des Wirtschaftsbild-Verlages treffen nicht zu. Zum Zeitpunkt des Kaufes Anfang 1995 lagen die Jahresbilanz und die Abschlußprüfung für das Jahr 1994 noch nicht abschließend vor.

Aus diesem Grund sieht der Vertrag entsprechende Gewährleistungspflichten des Verkäufers vor, die – sofern sich für das Jahr 1994 abweichende Zahlen zu den bis zum damaligen Zeitpunkt bekannten und geprüften ergeben – auch zum Tragen kommen. Um diese Gewährleistungsansprüche geht es in dem beim Düsseldorfer Landgericht anstehenden Prozeß.

6. Soweit der Bericht die Tätigkeit von Abgeordneten anspricht, die Provisionen für Spenden an die CDU erhalten haben sollen, liegen dazu keine Erkenntnisse vor.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN



GEMEINSAM FÜR DEUTSCHLAND

# Wirtschaft stärken Arbeitsplätze schaffen

## ANTWORTEN

- Mehr Existenzgründungen
- Leistungsfreundliche Steuern
- Solide Finanzen
- Sicheres soziales Netz
- Moderne Wirtschaft
- Schlanker Staat

**CDU**

## Gemeinsam für Deutschland

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zur Kampagne „Gemeinsam für Deutschland“ eine Reihe von Materialien erstellt, die ab sofort verfügbar sind. Das Magazin ist beim

### IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

erhältlich.

Bestell-Nr.: 2146

Verpackungseinheit: 100 Exemplare

Preis pro Verpackungseinheit: 20,- DM.

Darüber hinaus sind Arbeitsmaterialien erstellt, die Hintergründe und Argumentationsbeihilfen beinhalten:

– Vorrang für Beschäftigung

– Sparen und Gestalten

Diese sind – solange der Vorrat reicht – bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Fax (02 28) 5 44-4 82, erhältlich.

In diesen Tagen erhalten die Kreisverbände eine Wandzeitung und – entsprechend ihrer Vorabbestellungen – ein DIN-A1-Plakat zur gleichen Kampagne.

# UID

7/1996

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 5 44 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.